



Presseinformation

München, 8. November 2013

Ärztliche Schlüsselrolle bei einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe

Die Entscheidung des EU-Parlaments, vor den Gefahren des Rauchens – auch mit abschreckenden Bildern – zu warnen, junge Menschen noch stärker als bisher vom Rauchen abzuhalten sowie bestimmte Zusatzstoffe in Tabakwaren gänzlich zu verbieten, begrüßt Dr. Max Kaplan, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), in seinem Leitartikel der November-Ausgabe des *Bayerischen Ärzteblattes*.

Umso unverständlicher sei es, dass die Politik wieder einmal an der Verabschiedung eines Präventionsgesetzes – diesmal am Ende der Legislaturperiode – gescheitert ist. Der Bundesrat hielt es für dringend erforderlich, wesentliche Anforderungen an ein erfolgversprechendes und wirkungsvolles Gesetz zu berücksichtigen:

- ein eigenständiges Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz unter inhaltlicher und finanzieller Beteiligung aller Sozialversicherungsträger und der privaten Krankenversicherung (PKV);
- mehrjährige Landespräventions- und Gesundheitsförderungsprogramme, die in Kooperation von Ländern, aller Sozialversicherungsträger, Leistungserbringer und anderen erarbeitet und realisiert werden;
- eine gemeinschaftliche Finanzierung der abgestimmten Landespräventions- und Gesundheitsförderungsprogramme auf der Grundlage verbindlicher Kooperationsverfahren.

„Die Prävention in einer Gesellschaft des langen Lebens muss nachhaltig ausgerichtet sein und die Angebote müssen vor allem von den Menschen, die es betrifft, akzeptiert und tatsächlich genutzt werden“, so Bayerns Ärzte-Chef. Zudem komme bei der Auswertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse der Versorgungsforschung eine wesentliche Bedeutung zu, Beispiele seien die Schwangerschaftsvorsorge oder die Maßnahmen zur HIV-Vorbeugung. Gerade bei jungen Patienten gebe es eine Vielzahl neuer Krankheitsbilder wie Adipositas, funktionale Entwicklungsstörungen oder Mediensucht, die durch präventive Maßnahmen beeinflusst werden könnten. Lärmschutz, Luftreinhaltung, Umweltschutz aber auch Städte- und Verkehrsplanung seien Aufgaben, die im Sinne der Verhältnisprävention gelebt werden müssten.

Mehr dazu lesen Sie in der November-Ausgabe des *Bayerischen Ärzteblattes* unter www.blaek.de.

Pressestelle